



Eine Protestbewegung

Tausende demonstrierten am Wochenende gegen neoliberale Krisenpolitik. **Seite 2**

Fotos: dpa/Maja Hitij (links), Christian Charisius (rechts)

Eine Ernüchterung

In Ägypten wird ein Präsident gewählt, doch Demokratie gibt es nicht. **Seite 3**

Ein Klassenprojekt

Was das Freihandelsabkommen TTIP bedeutet. **Seite 10**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Montag, 19. Mai 2014

69. Jahrgang/Nr. 115

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Was es kostet

Tom Strohschneider über Gabriels Umgang mit Rüstungsexporten

Sigmar Gabriel kann sich noch so winden: Es gibt keine akzeptable Begründung für ein Ja zum Export von Maschinen, deren Zweck es ist, Menschen zu töten oder ihnen damit Angst einzujagen, Unrecht abzusichern und so fort. Die Regierung hat seit Jahresbeginn Waffen im Milliardenwert zum Verkauf freigegeben, der Minister, der dafür mitverantwortlich ist, und die Partei, der er angehört, hatten sich auf die Fahne geschrieben: »Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen.« Nein, SPD: Es sind vor allem Überlebensfragen für jene Menschen, die demnächst in Kanonenrohre Made in Germany blicken müssen.

Kann Gabriel, wie er behauptet, »die Entscheidungen der letzten Jahre nicht rückgängig machen«? Mag sein, dass es Vorvereinbarungen gab, Verträge sogar. Mag sein, dass die Panzer schon hübsch eingepackt am Hafen standen. Und doch hätte Gabriel anders handeln können. Alles andere ist politische Kapitulation. Gerade, es ging um Waffen für Russland, hat die Regierung ja auch prüfen lassen, wie mit bereits erteilten Exportgenehmigungen umzugehen sei – und erklärt, in »kritischen Fällen« darauf hinzuwirken, »dass es nicht zu einer Ausfuhr« kommt.

Eine Regierung kann das boomende Geschäft Deutschlands mit dem Tod also stoppen, es wenigstens behindern. Wenn sie denn will. Das kostet ein bisschen Mut gegenüber der Rüstungslobby und Bereitschaft, sich mit dem Koalitionspartner anzulegen. Und vielleicht kostet es Geld, weil die Rüstungskonzerne klagen. Es kostet aber keine Leben.

UNTEN LINKS

Also das, lieber Rose Versand, glaubst Du doch selbst nicht: **Radfahren** soll attraktiv machen? Die Studie, mit der Du den Verkauf von Drahteseln in Deinem Unternehmen anzukurbeln denkst, entlarvt sich selbst als reine Lüge im Dienste der Profitmaximierung. Jeder weiß, dass das Gegenteil der Fall ist: Radfahrer sehen bescheuert aus. Die einen zwingen sich in wurstpellenartige bunte Leibchen, die aus jedem Körper ein Mahnmal des Alterswerdens machen. Andere können sich nicht vorstellen, dass auch hochgerutschte Röcke und aus der Jeans leuchtende Arschfalten den Tatbestand der Körperverletzung erfüllen. Und diese Helme! Dass Radler »gesunde Lebensweise« ausstrahlen, nimmt Dir bei den Unfallzahlen hier in Berlin auch niemand mehr ab. Kurzum, lieber Rose Versand: Wenn Du schon zur Verbreitung des Radfahrens als Modeerscheinung mit lächerlich kleinen Lenkern und anderem Unfug beitragen willst, sei wenigstens ehrlich: Radfahren macht Dich reich, sonst nix. Oder? *tos*

Erdogans Polizei schürt Wut

Neue Proteste gegen türkischen Regierungschef – Bergarbeiterstadt Soma abgeriegelt



Polizisten in Istanbul halten einen Regierungskritiker nieder.

Foto: dpa/Sedat Suna

Berlin. Sie trauern, und sie bleiben wütend: In der Türkei haben die Proteste gegen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auch am Wochenende angehalten. Die Regierung ließ in Istanbul und Izmir Polizei und Wasserwerfer auffahren, Gummigeschosse und Tränengas wurden eingesetzt. Die Bergarbeiterstadt Soma wurde sogar abgeriegelt, um weitere Demonstrationen zu verhindern. Dutzende Menschen wurden verhaftet, darunter Anwälte, die den Familien der Opfer des weltweit schwersten Grubenunglücks seit 40 Jahren helfen wollten.

Die Bergungsarbeiten waren bereits am Samstag für beendet erklärt worden. Die Zahl der Toten der Bergwerkskatastrophe stieg auf 301 an. Medien berichteten, es seien im Zuge der Ermittlungen zu dem Grubenunglück Führungskräfte der Betreiberfirma Soma Holding festgenommen worden. Die türkische Regierung wies weiter jede Verantwortung von sich. Inzwischen sorgt fast mehr noch als die politischen und ökonomischen Umstände, die den Tod so vieler Bergarbeiter begünstigt haben, die Arroganz der Regierenden für Empörung. Nicht nur in der Türkei.

Immer mehr deutsche Politiker wandten sich gegen einen Auftritt von Erdogan in der kommenden Woche in Köln. Angesichts des Gebarens der Regierung in Ankara nannte es die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz von der SPD, »misslich«, dass der türkische Regierungschef kurz vor der Europawahl in Deutschland eine große Veranstaltung abhalten wolle. Die Linkenpolitikerin Sevim Dagdelen sagte, Erdogan sei »nicht willkommen«, der Grünenpolitiker Jürgen Trittin erklärte, dieser habe »jedes Gefühl für die Realität verloren«. *nd* **Seite 7**

Regierung treibt Wettrüsten in Asien an

SPD-Wirtschaftsminister Gabriel wird »leider« auch künftig Exportgenehmigungen erteilen

Singapur, Südkorea und Saudi-Arabien gehören zu den besten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie. Möglich macht die Milliardendeals nun Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Von René Heilig

Bundeswirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel hat in den ersten Monaten seiner Amtszeit umfassende Rüstungsexporte an umstrittene Länder und in Spannunggebiete bewilligt. Von Januar bis Ende April 2014 erteilte sein Ministerium Einzelgenehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von 1,177 Milliarden Euro. So äußerte sich die Regierung auf eine Anfrage des Linkspartei-Abgeordneten Jan van Aken.

Die meisten Exporte gingen nach Singapur (rund 195 Millionen Euro), an die USA (166 Millionen) sowie an die Republik Korea (145 Millionen). Auch Saudi-

Arabien (31 Millionen), Brunei (97 Millionen) und Algerien (29 Millionen) gehören zu zehn häufigsten Ausfuhrländern.

Das Ministerium betont nachdrücklich, dass damit gut 300 Millionen Euro weniger an Ausfuhren genehmigt worden sind als im selben Zeitraum 2013. Allerdings ist abermals eine Steigerung der Exportgenehmigungen für sogenannte Drittländer – das sind Staaten, die weder zur EU noch zur NATO gehören und diesen Ländern nicht gleichgestellt sind, wie beispielsweise Israel – zu verzeichnen. Sie wuchsen um rund 130 Millionen Euro auf fast 650 Millionen Euro. Bereits 2013 hatte man eine 62-prozentige Steigerung von Rüstungsexporten in diese Staaten errechnet.

Zu den Spitzenreitern unter den Empfängerstaaten gehören wie 2013 Singapur, Südkorea, Saudi-Arabien sowie das nordafrikanische Algerien. Bei dem Export nach Singapur handelt es sich

um gebrauchte »Leopard 2«-Kampfpanzer aus Bundeswehr-Beständen. Die Stückzahl der gelieferten Tanks unterliegt gemäß einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der Geheimhaltung.

»Ich kann leider die Entscheidungen der letzten Jahre nicht rückgängig machen.«

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD)

Gabriel macht geltend, dass der weitaus größte Teil der Genehmigungen an Drittländer »auf Entscheidungen der jeweiligen Bundesregierungen aus den vergangenen Jahren« zurückgehe. Gemeint sind damit positiv beschiedene Voranfragen der Hersteller sowie Entscheidungen des

geheimen Bundessicherheitsrates. Der Wirtschaftsminister versucht so zu suggerieren, dass seine Unterschrift nur eine unabänderliche Formalie sei. Deshalb werde es auch in den nächsten Jahren noch zu Exporten kommen, sagt Gabriel.

Der Minister baut vor. Unter anderem weil Thyssen Krupp Marine Systems Ende vergangenen Jahres mit dem Stadtstaat Singapur ein 1,6 Milliarden Euro Geschäft über den Bau von zwei U-Booten abgeschlossen hat. Ab 2020 werden sie ausgeliefert und es gibt Optionen über zwei weitere speziell nach Kundenwünschen konstruierte Boote. Die hochmodernen Waffensysteme können bis zu 80 Tage unterwegs sein und davon vier Wochen ununterbrochen tauchen. Mit diesen Pseudo-Atom-U-Booten verändern sich massiv die strategischen Gewichte. In der Region hat eine neue Runde im Rüstungswettlauf begonnen.

Berliner SPD bestätigt Jan Stöß als Landeschef

Ergebnis von 68,7 Prozent spiegelt Auswirkungen der Querelen wider

Berlin. Der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Jan Stöß, ist in seinem Amt bestätigt worden. Mit Spannung war das Ergebnis für den seit zwei Jahren amtierenden Sozialdemokraten erwartet worden. Sein Widersacher, Fraktionschef Raed Saleh, der nach Zögern auf eine Kandidatur gegen Stöß verzichtete, hatte Stöß in einem »taz«-Interview ein Ergebnis »deutlich über 80 Prozent« vorausgesagt. Auf dem Landesparteitag erhielt Stöß dann 68,7 Prozent. Insgesamt 158 Delegierte unterstützten den 40-jährigen Verwaltungsrichter, 55 stimmten mit Nein und 17 enthielten sich. Als stellvertretende Landesvorsitzende wählten die Delegierten Barbara Loth, Mark Rackles, Iris Spranger und Fritz Felgentreu.

Nach den Personalquerelen der vergangenen Wochen hatte Stöß in seiner Rede demonstrativ Lob in alle Richtungen verteilt: an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und sein Senatsteam, an seinen Konkurrenten – SPD-Fraktionschef Saleh – sowie an die Abgeordneten. Außerdem warb Stöß für starke Bezirke. »Wir werden gebraucht in dieser Stadt: Sonst kümmert sich niemand um die soziale Gestaltung des Wandels«, betonte er. Der SPD-Chef erwähnte den Machtkampf zwischen ihm und Saleh um die Nachfolge von Wowereit mit keinem Wort in seiner Rede. *nd* **Seite 11**

Schweizer wollen keinen Mindestlohn und keine Kampfjets

Gewerkschaften kämpfen auch nach Referendum gegen niedrige Löhne

Bern. Die Schweizer haben sich bei einer Volksabstimmung am Sonntag mit großer Mehrheit gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ausgesprochen. Die Forderung der Gewerkschaften nach einer in der Verfassung verankerten Lohnuntergrenze von umgerechnet gut 18 Euro pro Stunde wurde laut dem Endergebnis mit rund 76 Prozent Nein-Stimmen klar zurückgewiesen.

Linke Parteien und Gewerkschaften hatten für »würdevollen« Lohn geworben. Ein monatliches Mindesteinkommen von umgerechnet 3300 Euro sei notwendig, um in der teuren Schweiz über die Runden zu kommen. Man werde weiterhin gegen niedrige Löhne vorgehen, nun auf anderen Wegen, erklärte Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).

Das Vorhaben der Regierung, umgerechnet 2,6 Milliarden Euro für 22 neue Kampfjets des schwedischen Typs Gripen auszugeben, ist ebenfalls deutlich gescheitert. 53,4 Prozent der Abstimmungsteilnehmer sagten Nein zur Anschaffung der Jets. 63 Prozent Zustimmung gab es für die Initiative, straffällig gewordenen Pädophilen jedwede berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen auf Lebenszeit zu verbieten. Auf kantonaler Ebene entschieden die Zürcher, dass Unternehmen weiter Kirchensteuer zahlen müssen. *Agenturen/nd* **Seite 8**

Heute auf Seite 19 nd-Teams im Ziel

Beim Berliner Velothon trotzten Täre und 40 Leser dem Regen

Adrenalin und Tunnelblick gab's beim GutsMuths-Rennsteiglauf

ISSN 0323-4940

